

Niederschrift

über die 24. Sitzung des Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschusses am 14.02.2013
(9. Wahlperiode)

Tag e s o r d n u n g

Seite

Öffentliche Sitzung	5
1 Wahl des 2. stellvertretenden Vorsitzenden des Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschusses Vorlage: ZD/473/2012	5
2 Bedarfsanpassung öffentlicher Telefonstandorte Vorlage: ZD/499/2013	5
3 Mitgliedschaften der Stadt Meerbusch Vorlage: ZD/497/2013	5
4 Ordnungsbehördliche Verordnung über das Offenhalten von Verkaufsstellen aus besonderem Anlass Vorlage: FB1/507/2013	6
5 Anträge	6
5.1 Antrag der SPD-Fraktion vom 11. Dezember 2012 bez. Bürgerbeteiligung Vorlage: ZD/097/2013	6
5.2 Antrag der UWG-Fraktion vom 2. Januar 2013 bez. Zusammenlegung Integrationsrat / Seniorenbeirat im Sozialausschuss Vorlage: ZD/096/2013	7
5.3 Antrag der SPD-Fraktion vom 24. Januar 2013 bez. Straßenbenennungen in Meerbusch Vorlage: ZD/102/2013	7
6 Anfragen	9
6.1 Anfrage der UWG-Fraktion vom 2. Januar 2013 bez. Gesetz zur Stärkung des kommunalen Ehrenamtes Vorlage: ZD/074/2013	9
6.2 Anfrage des Rats Herrn Müller vom 5. Februar 2013 bez. TV-Gebührenerhöhung Vorlage: ZD/075/2013	10
7 Bericht der Wirtschaftsförderung	10
8 Bericht der Verwaltung/Beschlusskontrolle	10
9 Termin der nächsten Sitzung: 18. April 2013	10
10 Verschiedenes	10

10.1	Fluglärm	10
10.2	Winterdienst in Meerbusch	11
10.3	Personalentwicklungskonzept	11
10.4	Bebauung des ehemaligen Ostarageländes in Meerbusch-Osterath	11
10.5	Denkmalschutz	11

Sitzungsort: Dr. Franz-Schütz-Platz 1, 40667 Meerbusch-Büderich, Sitzungssaal

Beginn der Sitzung: 17:00 Uhr
 Ende der Sitzung: 18:53 Uhr

Anwesend:

Vorsitzender

Herr Dieter Spindler Bürgermeister

von der CDU-Fraktion

Herr Werner Damblon	Ratsmitglied	
Herr Thomas Jung	Ratsmitglied	
Herr Leo Jürgens	Ratsmitglied	
Frau Renate Kox	Ratsmitglied	
Herr Franz-Josef Radmacher	Ratsmitglied	
Frau Petra Schoppe	Ratsmitglied	anwesend bis TOP 10.5
Herr Jörg Wartchow	Ratsmitglied	

von der FDP-Fraktion

Herr Klaus Rettig	Ratsmitglied	
Herr Jörg Schleifer	Ratsmitglied	anwesend bis TOP 10.5
Herr Dr. Klaus Schmidt-Menschner	Ratsmitglied	

von der SPD-Fraktion

Herr Jürgen Eimer	Ratsmitglied
Herr Georg Neuhausen	Ratsmitglied
Frau Ilse Niederdellmann	Ratsmitglied

von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Herr Jürgen Peters	Ratsmitglied
Frau Dr. Karen Schomberg	Ratsmitglied

von der UWG-Fraktion

Herr Christian Staudinger-Napp	Ratsmitglied
--------------------------------	--------------

Zentrum

Herr Wolfgang Müller	Ratsmitglied
----------------------	--------------

von der Verwaltung

Frau Angelika Mielke-Westerlage	Erste Beigeordnete
Herr Dr. Just Gérard	Technischer Beigeordneter
Herr Helmut Fiebig	Stadtkämmerer
Herr Heiko Bechert	Bereichsleiter Fachbereich 1
Herr Thomas Fox	Bereichsleiter Rechnungsprüfungsamt
Herr Michael Gorgs	Pressereferat
Herr Ulrich Mombartz	Personalrat
Herr Arnd Römmler	Fachbereich 1
Frau Alice Wiegand	Referentin des Bürgermeisters
Herr Jürgen Wirtz	Bereichsleiter Zentrale Dienste

Gäste

Herr Albert Güllmann

Frau Ingrid Maas

Seniorenbeirat

Integrationsrat

Schriftführer

Herr Wolfram Olbertz

Zentrale Dienste

es fehlen:

von der FDP-Fraktion

Herr Dr. Bernd Schumacher-Adams

Ratsmitglied

Vor Eintritt in die Tagesordnung weist Bürgermeister Spindler auf die als Tischvorlage verteilte Anfrage des Rats Herrn Müller zur Änderung der GEZ-Gebühren hin.

Öffentliche Sitzung

- 1 Wahl des 2. stellvertretenden Vorsitzenden des Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschusses**
Vorlage: ZD/473/2012

Beschluss:

Der Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschuss wählt Rats Herrn Dr. Bernd Schumacher-Adams zum 2. stellvertretenden Vorsitzenden des Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschusses.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

- 2 Bedarfsanpassung öffentlicher Telefonstandorte**
Vorlage: ZD/499/2013

Beschluss:

Der Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschuss stimmt dem Abbau von öffentlichen Telefonstandorten an den von Telekom Deutschland GmbH ins Auge gefassten Standorten mit Ausnahme der u.g. Standorte grundsätzlich zu. An diesen Standorten sollen die bestehenden Anschlüsse weiter betrieben werden.

Stadtteil	Standort / Straße
Büderich	Moerser Straße 160
Büderich	Brühler Weg 28
Lank-Latum	Gonellastraße 74

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Bürgermeister Spindler weist auf 2 erforderliche Korrekturen in der Beratungsvorlage hin. Zum einen sei in der Übersicht aller Standorte im Stadtgebiet der Anschluss Gonellastraße 74 zu ergänzen und zum anderen sei der letzte Satz in der Sachverhaltsdarstellung zu streichen.

In der anschließenden kurzen Beratung wird deutlich, dass der Bitte der Telekom Deutschland GmbH um Aufgabe der genannten Standorte mit Ausnahme der Standorte Moerser Straße 160, Brühler Weg 28 und Gonellastraße 74 entsprochen werden kann.

- 3 Mitgliedschaften der Stadt Meerbusch**
Vorlage: ZD/497/2013

Beschluss:

Der Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt, die Verwaltung zu beauftragen, die nachfolgend aufgeführten Mitgliedschaften zum nächstmöglichen Zeitpunkt zu kündigen:

1. Deutsche Gesellschaft zur Rettung Schiffbrüchiger	51,13 €
2. Verein Niederrhein e.V.	100,00 €
3. Rat der Gemeinden und Regionen Europas – Deutsche Sektion	1.386,00 €

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Bürgermeister Spindler berichtet, die Verwaltung habe sich nach der Beauftragung im Rahmen der Haushaltsberatung 2013 mit den Möglichkeiten zur Kündigung von Mitgliedschaften auseinander gesetzt und kritisch geprüft, wo es unter Abwägung der Beiträge zum Nutzen der einzelnen Mitgliedschaften sinnvoll sei, zu kündigen. Im Ergebnis sei dies nur bei den aufgeführten Mitgliedschaften der Fall. Das 10 %-ige Einsparziel könne hierdurch jedoch nicht erreicht werden.

**4 Ordnungsbehördliche Verordnung über das Offenhalten von Verkaufsstellen aus besonderem Anlass
Vorlage: FB1/507/2013**

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Rat, den Erlass der im Entwurf beigefügten Ordnungsbehördlichen Verordnung über das Offenhalten von Verkaufsstellen aus besonderem Anlass (Anlage) zu beschließen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Bürgermeister Spindler erläutert unter Hinweis auf die Praxis in den Vorjahren kurz die beiden in der Vorlage aufgeführten Veranstaltungen des Bauern- und Handwerkermarktes in Meerbusch-Osterath und des Ökomarktes in Meerbusch-Lank und die damit verbundene Gelegenheit für die Geschäftsleute, ihre Ladenlokale auch an dem jeweiligen Sonntag öffnen zu können.

5 Anträge

**5.1 Antrag der SPD-Fraktion vom 11. Dezember 2012 bez. Bürgerbeteiligung
Vorlage: ZD/097/2013**

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, zu einer der nächsten Sitzungen einen Vertreter der Landesstelle „Dialog schafft Zukunft“ einzuladen, der zum Thema „Wie organisiere ich Bürgerbeteiligung vor Ort“ Erläuterungen gibt.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Ratsfrau Niederdelmann erläutert für ihre Fraktion den Antrag. Die Verwaltung soll beauftragt werden, eine Veranstaltung zu organisieren und unter Beteiligung interessierter Bürger durchzuführen, in der Möglichkeiten einer Bürgerbeteiligung dargestellt werden.

Ratsherr Schleifer bemängelt, der Antrag sei zwar grundsätzlich zu begrüßen, jedoch zu unkonkret.

Bürgermeister Spindler schlägt vor, einen Vertreter der beim Wirtschaftsministerium NRW eingerichteten Stelle „Dialog schafft Zukunft“ zu einer der nächsten Sitzungen des Ausschusses einzuladen.

Dieser Vorschlag wird allgemein begrüßt. Ratsherr Neuhausen bittet darum, dass der Vertreter des Landes auch etwas zum Thema Bürgerhaushalt ausführen solle.

5.2 Antrag der UWG-Fraktion vom 2. Januar 2013 bez. Zusammenlegung Integrationsrat / Seniorenbeirat im Sozialausschuss
Vorlage: ZD/096/2013

Beschlussvorschlag:

Der Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschuss empfiehlt dem Rat, die Aufgaben des Integrationsrates und des Seniorenbeirates auf den Sozialausschuss zu übertragen.

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU		7	
FDP		3	
SPD		3	
Bündnis 90 / Die Grünen		2	
UWG			1
Bürgermeister		1	
Gesamt		16	1

Ratsherr Staudinger-Napp erläutert den Antrag der UWG-Fraktion.

Vertreter der übrigen Fraktionen lehnen den Antrag ab. Bürgermeister Spindler und die als Gast anwesende stellvertretende Vorsitzende des Integrationsrates Frau Maas erläutern hierzu die Verpflichtung nach der Gemeindeordnung zur Einrichtung eines Integrationsrates. Dieser sei nach demokratischen Grundsätzen gewählt und könne nunmehr nicht in seinen Kompetenzen beschnitten werden.

5.3 Antrag der SPD-Fraktion vom 24. Januar 2013 bez. Straßenbenennungen in Meerbusch
Vorlage: ZD/102/2013

Beschlussvorschlag:

Der Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschuss beauftragt die Verwaltung, eine Liste sämtlicher Straßen, Wege und Plätze in Meerbusch, die nach Menschen benannt sind, deren Namen mit der Zeit des Naziregimes in Verbindung gebracht werden, zu erstellen.

Gemeint sind Personen, die in der Zeit des Nationalsozialismus öffentliche Ämter inne hatten, Personen die an der Diskriminierung, Ermordung und Verfolgung von Menschen beteiligt waren oder diese befürwortet haben, die den 2. Weltkrieg offen gefordert und verteidigt haben. Diese Aufzählung ist nicht abschließend und soll auf den gedachten Personenkreis hinweisen.

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU		7	
FDP		1	2
SPD	3		
Bündnis 90 / Die Grünen		2	
UWG	1		
Bürgermeister		1	
Gesamt	4	11	2

Ratsfrau Niederdellmann erläutert den Antrag der SPD-Fraktion. Im Anschluss entwickelt sich eine kontroverse Diskussion.

Im Rahmen dieser Diskussion lehnen die Ratsherren Damblon und Peters den Auftrag an die Verwaltung als zu weitgehend und unkonkret ab. Die Verwaltung könne dies im beantragten Umfang nicht leisten. Hier seien vielmehr der Geschichtsverein oder sonstige Fachleute zu beauftragen. Da keine Dringlichkeit bestehe, sei dem Bürger zudem nicht zu vermitteln, warum sich die Verwaltung in dem großen Umfang mit der Fragestellung beschäftigen solle.

Die Ratsherren Rettig und Schleifer bekunden für ihre Fraktion zwar Zustimmung zur Intention des Antrages, stellen dabei jedoch ebenfalls heraus, dass dies durch die Verwaltung in dem Umfang nicht zu leisten ist. Bei konkreten Verdachtsfällen zu Einzelpersonen soll eine Prüfung erfolgen. Soweit die SPD-Fraktion selbst bereits bestimmte Personen in Auge habe, solle sie deren Namen nennen und den Antrag entsprechend konkretisieren.

Auf entsprechende Nachfrage berichtet Bürgermeister Spindler, dass die Vorstellung der Endfassung des Abschlussberichtes zu Hugo Recken in der Sitzung des Ausschusses am 18.04.2013 vorgesehen sei.

Ratsherr Neuhausen erläutert den Antrag seiner Fraktion weiter. Die Erstellung einer Liste sei sinnvoll und notwendig, damit der Rat selbst die Initiative zur Überprüfung einzelner Personen ergreifen könne und nicht auf Einzelhinweise durch Dritte reagieren müsse. In festzulegenden Einzelfällen solle dann der Stadtarchivar eine Überprüfung vornehmen. Er gehe davon aus, dass letztlich die konkrete Überprüfung von 2 – 4 Personen durch die Verwaltung leistbar sei.

Ratsherr Radmacher gibt zu bedenken, dass nach dem Ende des II. Weltkrieges bereits sog. Entnazifizierungsverfahren durchgeführt wurden und heute nur noch wenige Zeitzeugen am Leben seien. Er halte es für fraglich, ob eine Überprüfung heute zu anderen Ergebnissen führe. Außerdem sei zu bedenken, dass damals viele Amtsträger zwangsweise Parteimitglieder gewesen seien.

Ratsherr Staudinger-Napp unterstützt den Antrag. Bei der Beratung seien folgende Fragestellungen zu bedenken:

Wie gehen wir Meerbuscher verantwortlich mit unserer Zeitgeschichte in Meerbusch offen und ehrlich um?

Welche Verantwortung haben wir als die gewählten Vertreterinnen und Vertreter der Meerbuscher Menschen aus unserer Zeitgeschichte für Gegenwart und Zukunft?

Welche ethische Verpflichtung haben wir als die gewählten Vertreterinnen und Vertreter der Meerbuscher Menschen gegenüber den Opfern der Kriege und der Ausgrenzungen aus Meerbusch in unserer Zeitgeschichte?

Ratsfrau Kox gibt zu bedenken, dass durch die Erstellung der beantragten Liste alle Namen in ihr zunächst unter einen Generalverdacht gestellt würden. Eine Überprüfung solle daher nur bei konkreten Verdachtsfällen erfolgen.

Ratsherr Eimer weist die Gefahr eines möglichen Generalverdachts zurück. Unter Berücksichtigung aktueller Kriterien komme man heute u.U. zu einer anderen Betrachtung der Rolle und des Verhaltens von Personen als dies nach dem Krieg erfolgte. Insofern sollte man eine erneute Diskussion ermöglichen.

Bürgermeister Spindler erklärt, die Verwaltung könne keine Liste im Sinne des angesprochenen Grobscreenings erstellen, da dann das nicht zu vertretende Risiko bestünde, dass Personen nicht auf der Liste erschienen, die nach gründlicher Prüfung aber möglicherweise zu nennen wären und andererseits Personen in die Liste ohne begründeten Verdacht aufgenommen würden. Wenn also tatsächlich eine Gesamtliste gewollt wäre, müsste insofern ein umfangreicher Auftrag an einen Historiker erteilt werden. Auch die Überprüfung bestimmter Personen sei durch den Archivar nicht nebenbei durchzuführen.

Ratsfrau Niederdellmann und Ratsherr Neuhausen halten den Antrag aufrecht. Sollte es es in der heutigen Sitzung zu einer Ablehnung kommen, werde in Kürze eine Konkretisierung zu einzelnen Personen erfolgen.

6 Anfragen

6.1 Anfrage der UWG-Fraktion vom 2. Januar 2013 bez. Gesetz zur Stärkung des kommunalen Ehrenamtes Vorlage: ZD/074/2013

Bürgermeister Spindler beantwortet die Anfrage unter Hinweis auf die als Anlage zur Niederschrift beigefügte Synopse des Städte- und Gemeindebundes NRW. Auf entsprechende Nachfrage von Ratsherrn Staudinger-Napp erläutert er, dass für die anstehenden Termine zur Besichtigung verschiedener Hallenbäder ein entsprechender Freistellungsanspruch für die Teilnehmer bestehe.

6.2 Anfrage des Ratsherrn Müller vom 5. Februar 2013 bez. TV-Gebührenerhöhung Vorlage: ZD/075/2013

Bürgermeister Spindler beantwortet die Anfrage wie folgt:

Bis zum 31.12.2012 habe die jährliche GEZ-Gebühr für die Stadtverwaltung 6.372 € betragen. Nach eigenen Berechnungen sei voraussichtlich für das Jahr 2013 eine Gebühr von 12.500 € zu zahlen. Ein konkreter Jahresbescheid liege jedoch noch nicht vor. Bisher sei ein Betrag von 4.889,04 € zuzügl. eines weiteren Betrages von 1.300 € gezahlt worden. Die Stadt werde die erhöhten Gebühren nicht wie andere Kommunen boykottieren, sondern Widersprüche gegen die konkreten Bescheide einlegen und die Zahlungen unter Vorbehalt vornehmen. Grundsätzlich seien zur Klärung der Situation der Städte- und Gemeindebund und der Städtetag an die GEZ herangetreten.

7 Bericht der Wirtschaftsförderung

Aufgrund der Erkrankung der Wirtschaftsfördererin wird der Bericht zur nächsten Sitzung des Ausschusses vertagt.

8 Bericht der Verwaltung/Beschlusskontrolle

Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.

9 Termin der nächsten Sitzung: 18. April 2013

Die nächste Sitzung findet nicht, wie ursprünglich vorgesehen, am 7. März 2013, sondern am 18. April 2013 statt.

10 Verschiedenes

10.1 Fluglärm

Bürgermeister Spindler berichtet die bisherigen Anträge zu Nachflugbeschränkungen hätten in der Fluglärmkommission zwar eine $\frac{2}{3}$ bzw. $\frac{3}{4}$ -Mehrheit gefunden, doch sehe das Ministerium derzeit allgemein keine Gesundheitsgefahren und sei den Anträgen daher nicht gefolgt. Die Bürgerinitiative „Bürger gegen Fluglärm“ habe nunmehr eine Anwaltskanzlei gebeten zu prüfen, ob durch Klärung von 2 Einzelfragen nicht doch der Einstieg in eine Prüfung seitens des Ministeriums erreicht werden

könne. Es handele sich zum einen um die sog. Off-Block-Regelung, nach der es Maschinen erlaubt werden könne auch nach 22.00 Uhr zu starten, wenn bis 21.50 Uhr die Blöcke von den Rädern genommen worden seien. Zum anderen handele es sich um Landeerlaubnisse für Maschinen zwischen 5.00 – 6.00 Uhr.

Zur Unterstützung des Vorhabens der Bürgerinitiative bitte er um die Zustimmung des Ausschusses. Diese Zustimmung wird erteilt.

10.2 Winterdienst in Meerbusch

Ratsherr Eimer dankt den Mitarbeitern des städtischen Bauhofes für die bisherige sehr gute und zeitnahe Durchführung des Winterdienstes auf Meerbuscher Straßen und Plätzen. Dieser sei in anderen Kommunen nicht immer in dieser Qualität erfolgt. Diesem Dank schließt sich der gesamte Ausschuss an.

10.3 Personalentwicklungskonzept

Ratsfrau Niederdellmann bittet um Mitteilung, wann mit der Vorlage der Fortschreibung des Personalentwicklungskonzeptes zu rechnen sei.

Bürgermeister Spindler erläutert hierzu, dass der Entwurf der Fortschreibung im März intern beraten werde. Eine Vorlage sei für die Sitzung des Ausschusses am 18.04.2013 vorgesehen, wenn sich kein weiterer interner Beratungsbedarf ergebe.

10.4 Bebauung des ehemaligen Ostarageländes in Meerbusch-Osterath

Unter Hinweis auf die Berichterstattung in der Lokalpresse bittet Ratsfrau Niederdellmann um detaillierte Information der Probleme mit den Plänen des Investors vor der nächsten Sitzung des Planungsausschusses.

Technischer Beigeordneter Dr. Gérard erläutert hierzu, dass die bisher vom Investor eingereichten Unterlagen fehlerhaft gewesen seien. Dieser strebe im Vergleich zu den bisherigen Planungen in Teilen Änderungen an, die jedoch einer politischen Zustimmung bedürften. Ein Gespräch mit dem Investor sei für den 28.02.2013 terminiert. Sollte es etwas hieraus zu berichten geben, werde er die Fraktionen informieren.

10.5 Denkmalschutz

Ratsherr Staudinger-Napp bittet um Auskunft, ob angesichts des anstehenden Ausscheidens des Leiters der Bauordnungsabteilung die Aufgabe der unteren Denkmalbehörde an den Rhein-Kreis Neuss übertragen werden könne.

Bürgermeister Spindler bestätigt diese Möglichkeit.

Ratsherr Peters bittet darum, die Stellung des Denkmalschutzes vor Ort hier zu stärken.

Meerbusch, den 28. Februar 2013

Dieter Spindler
Bürgermeister

Wolfram Olbertz
Schriftführer/in